

AUSSPRACHE

Wandlungen der Lohnpolitik?

In den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (Juni 1960) schreibt Kurt Hirche in „Wandlungen der Lohnpolitik“: „(Der Wandel) der Lohnpolitik ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften heute eine größere Bedeutung erlangt haben und im staatlichen und gesellschaftlichen Leben mehr denn je anerkannt werden, sondern vor allem darauf, daß eine entscheidende ökonomische Änderung vor sich gegangen ist.“ Die letztere Bemerkung bezieht sich auf das Vorhandensein einer expandierenden Wirtschaft mit Vollbeschäftigung, die über ein Instrumentarium zur Krisenbekämpfung verfügt.

Diese Begründung erscheint zu wenig tiefgreifend und erweckt den Eindruck, als hätte die Lohnpolitik von heute leichteres Spiel als zu anderen Zeiten. Eine solche Behauptung würde wahrscheinlich keiner hinnehmen, der mitten im lohnpolitischen Geschehen steht. Außerdem erscheint es notwendig, den Begriff „lohnpolitische Situation“ von der Lohnpolitik klar zu trennen.

Selbstverständlich hat sich die Lohnpolitik im Laufe der Jahrzehnte gewandelt, soweit es sich um die Technik ihres Ablaufs handelt. Auf der Seite der Gewerkschaften können heute statistisch untermauerte Argumente und betriebswirtschaftliche Untersuchungsergebnisse ins Feld geführt werden, die vor 30 Jahren kaum oder überhaupt nicht zur Verfügung waren. Auf Arbeitgeberseite wird seit Jahren versucht, solchen Argumenten mit volkswirtschaftlichen Überlegungen zu begegnen.

Dies nur als Beispiel. Diese Wandlungen haben jedoch an den grundsätzlichen Zielen und Aufgaben der gewerkschaftlichen Lohnpolitik kaum etwas geändert, wenn man eben davon absieht, daß sich die praktischen Methoden neuen Verhältnissen anzupassen hatten.

Ob die fortschreitende Anerkennung der Gewerkschaften als Faktor des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu einer Wandlung der Lohnpolitik im günstigen Sinne, das heißt zur Erringung „gerechterer“ Löhne und Gehälter beigetragen hat, kann nicht ohne Vorbehalt bestätigt werden. Richtig ist dagegen, daß in unserer expandierenden Wirtschaft die ökonomische Stärke der Gewerkschaften den Arbeitgebern manches herkömmliche, fadenscheinige Argument teilweise aus der Hand geschlagen hat. Das führte zur Änderung der Taktik der Arbeitgeber, die sich im Verlauf der letzten Jahre — ohne allzu großen Widerspruch der Gewerkschaften — auf die volkswirtschaftliche Ebene begaben. Allerdings in einer Art und Weise, die der Arbeitgeberforderung nach Versachlichung der Lohnpolitik Hohn spricht.

Die öffentliche Meinung

Die mit allen Mitteln der Publizistik von den Arbeitgebern stereotyp wiederholte Behauptung, die gewerkschaftliche Lohnpolitik sei die Ursache für eine schleichende Inflation, das heißt, sie führe zu unvermeidlichen Kostensteigerungen und zwingt die Unternehmen zu kalkulatorischen Preiserhöhungen, hat in der gesamten Öffentlichkeit Widerhall gefunden. Es ist tatsächlich erstaunlich, in welchem Umfange selbst Arbeitnehmer diese bewußt primitive und unsachliche Darstellung akzeptieren, wenn sie, ebenso bewußt, ohne Be-

weisführung fast täglich ausgesprochen und gedruckt wird.

Es wäre dringend notwendig, daß die Gewerkschaften mächtigere Instrumente zur Aufklärung der Öffentlichkeit einsetzen könnten, um den Halb- und Viertelwahrheiten von der sogenannten Lohn-Preis-Spirale, die auch politisch unterstützt werden, mit sachlicher Härte entgegenzutreten. Welche Möglichkeiten haben jedoch die Gewerkschaften? Das redliche Bemühen, in wöchentlich, vierzehntäglich oder monatlich erscheinenden Organen gegen eine Masse sogenannter unabhängiger Presseorgane anzutreten, ist unzureichend. Nicht davon zu reden, daß zwei weitere bedeutende Instrumente der modernen Massenbeeinflussung, Rundfunk und Fernsehen, ihre Unabhängigkeit offenbar damit demonstrieren, so heikle Fragen mit Vorsicht zu ignorieren; wo eine Diskussion unvermeidlich ist, werden in der Regel Scheingefechte geführt, die den gesunden Menschenverstand gelegentlich arg strapazieren.

Die Beherrschung der öffentlichen Meinung schafft Macht, die gebraucht und mißbraucht werden kann, wenn sie mobilisiert wird. Die publizistische Taktik der Arbeitgeber verpflichtet die Gewerkschaften, bei jeder Gelegenheit und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten für die Sache der Arbeitnehmer in der Öffentlichkeit zu wirken.

Die Verantwortlichkeit der Gewerkschaften

Die Taktik der Arbeitgeber, der Öffentlichkeit die Unvermeidlichkeit einer Lohn-Preis-Spirale zu suggerieren, führte zwangsläufig zur Überwälzung der volkswirtschaftlichen Verantwortung auf die Gewerkschaften. Dieser bequemen These bemächtigen sich mit Vorliebe jene, die die wirkliche Verantwortung zu tragen hätten.

Es ist aber nicht von ungefähr, daß die Gewerkschaften die Belastung mit volkswirtschaftlicher Verantwortung nicht ohne weiteres beiseite schieben können. Sie haben sich aus Verantwortung in die Verantwortung begeben. Nach 1945 herrschte die Vorstellung von einer neuen Ordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, in der die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Gruppe mitbestimmen würden. Nach den politischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte war diese Vorstellung nicht nur die Forderung nach einer anderen Machtverteilung in der Wirtschaft aus einem Anspruch auf Macht, sondern sie wurde aus einem tiefensten Willen zur Mitverantwortung in einem neuen demokratischen Staat geboren.

Seither steht die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf dem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm. Entgegen den Hoffnungen von damals hat sich

die Mitbestimmung leider nur zu einem Torso entwickelt, dem die rechten Werkzeuge für eine wirksame Tätigkeit fehlen.

Resignation ist deshalb ebensowenig am Platz wie etwa die Meinung, die wirtschaftliche Mitbestimmung hindere die Aktionsfreiheit der Gewerkschaften. Letzten Endes wird als Konsequenz nur die Fortsetzung des Strebens nach verantwortlicher Mitbestimmung bleiben. Insoweit haben die Gewerkschaften eine Pflicht übernommen, die sie mit Nachdruck betonen sollten. Wenn diese Mitverantwortungsbereitschaft von den Arbeitgebern auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Lohnpolitik dazu benützt wird, die tatsächliche Verantwortung für sich zu reklamieren, wenn es angeblich um die Freiheit der Wirtschaft geht, und sie bei lohnpolitischen Fragen den Gewerkschaften zuzuschieben, so zeugt dies von einem unverantwortlichen Mangel an gesellschaftlicher Moral.

Die lohnpolitische Situation

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik der Jahre seit der Währungsreform unterscheidet sich von der Lohnpolitik früherer Jahrzehnte wesentlich durch einige bedeutungsvolle Tatsachen:

1. Die neue Organisationsform der Industriegewerkschaft und der Einheitsgewerkschaft erwies sich gegenüber den früheren Berufsverbänden als ein weitaus geeigneterer Tarifvertragspartner für die schon immer einheitlicher organisierten Arbeitgeber.

2. Eine expandierende Wirtschaft mit jährlich steigenden Gewinnen konnte der praktisch vom Nullpunkt her operierenden gewerkschaftlichen Lohnpolitik in den ersten Jahren keinen prinzipiellen Widerstand entgegensetzen.

3. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften setzten auch nach der ersten bösen Erfahrung mit einer den Sachbesitz einseitig begünstigenden Währungsreform ein gewisses Vertrauen in die Entwicklung zu einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung.

4. Der gewerkschaftliche Wille zur Mitverantwortung in der Wirtschaft vermied häufigere lohnpolitische Kämpfe.

5. Die These Lohnpolitik = Machtpolitik ist bei den Gewerkschaften weitgehend durch Sachlichkeit ersetzt worden und gewinnt nur noch in bestimmten Situationen an Gewicht.

Die Lohnpolitik in sich hat in der Tat eine bedeutsame Wandlung erfahren, die sich aus einer geschichtlichen Situation ebenso ergab wie aus der Entwicklung neuer wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse in der Bundesrepublik. Nicht geändert hat sich die uralte Aufgabe der Lohnpolitik, den Arbeitnehmern einen möglichst großen Anteil am Gesamterfolg der Wirtschaft zu sichern.

Die lohnpolitische Situation von heute stellt die Gewerkschaften im Gegensatz zu früheren Zeiten vor ein ganz neues Problem, das seinem Wesen nach erst in den letzten zwei bis drei Jahren in seiner vollen Bedeutung erkannt wurde.

Die der Wirtschaft vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung haben im Zusammenwirken mit einer außergewöhnlich expansiven wirtschaftlichen Entwicklung zur Bildung von neuem Produktivvermögen in einem bis jetzt nicht gekannten Ausmaß beigetragen. Die Freiheit der Preisbildung, wo sie den Unternehmen möglich ist, und die Marktordnungspolitik des Gesetzgebers haben diesen Prozeß der Unternehmensfinanzierung über die Preise außerordentlich gefördert.

Als Ergebnis der zunächst aus der Sorge um einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau mindestens geduldeten Methode der Kapitalbeschaffung für die Investitionen der Wirtschaft sehen die Gewerkschaften seit einigen Jahren mit Besorgnis ein krasses Mißverständnis der Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Volk. Während das individuelle Einkommen der Arbeitnehmer in der Zeit von 1950 bis 1959 um 94 vH gestiegen ist, verzeichnet das Pro-Kopf-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahr 1959 gegenüber 1950 einen Zuwachs von 124 vH. Hinzu kommen die unverteilteten Einkommen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die von 1950 bis 1959 eine Steigerungsrate von 160 vH aufweisen.

Wenn man sich dazu vergegenwärtigt, daß in den Jahren von 1950 bis 1959 die Wirtschaft 407,6 Mrd. DM für Investitionen ausgab, die im Durchschnitt zu 64 vH mit eingebrachtem Kapital finanziert wurden, erscheint es nicht mehr verwunderlich, daß selbst eine expansive Lohnpolitik nicht mehr ausreicht, bei der Einkommens- und Vermögensverteilung als Regulativ zu dienen.

Diese Erkenntnis muß bedenklich stimmen, weil damit zugleich offenbar wird, daß der Weg zu einer gerechteren und ausgeglicheneren Einkommens- und Vermögensverteilung nur über politische Entscheidungen führen kann. Diese Entscheidungen sind unumgänglich, wenn eine gefährliche gesellschaftspolitische Entwicklung unterbrochen werden soll, die schon heute zu gewaltigen Kapitalakkumulationen und zu schwer durchschaubaren wirtschaftlichen Machtkonzentrationen geführt hat. Von solchen Entscheidungen muß auch gefordert werden, daß sie geeignet sind, *von vornherein* eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen zu steuern. Sie verfehlen ihr Ziel, wenn sie nur dem Versuch dienen, *hinterher* Schönheitskorrekturen anzubringen.

In der lohnpolitischen Situation von heute steckt ein gesellschaftspolitisches Problem, das mit den Mitteln herkömmlicher Lohnpolitik kaum zu bewältigen ist. Sicher ist, daß die Gewerkschaften aus dem Dilemma des Ungegens der bisherigen Lohnpolitik heraustreten müssen. Unabhängig von anderen Lösungen stehen aber offenbar auch entscheidende Wandlungen der Lohnpolitik selbst vor uns, sei es, daß neue Wege gefunden werden, den Prozeß der Verteilung von Einkommen und Vermögen unmittelbar am Ort ihrer Entstehung zu beeinflussen, oder sei es, daß mit Hilfe gesetzgeberischer Maßnahmen gemeinsam mit der Lohnpolitik ein funktionierendes System des Ausgleichs geschaffen wird, das teils außerhalb und teils auch innerhalb der Lohnpolitik wirkt.

Beide Möglichkeiten würden das Prinzip des gegenwärtigen wirtschaftlichen Denkens und Handelns nicht antasten, weil sie sich nicht mit den Ursachen des Mißstandes beschäftigen, sondern nur ihre Auswirkungen zu bereinigen versuchten. Darum dürfen diese Überlegungen allein nicht genügen. Sie fordern eine Alternative heraus. Es steht die Frage, ob die Gewerkschaften gut tun, ursächlich bedingte Ungerechtigkeit mit mehr oder weniger wirksamen Mitteln zu mildern, oder ob sie sich entscheiden, mit allen Kräften, die sich der möglichen Gefahren bewußt sind, gemeinsam eine Beseitigung der Ursachen der Ungerechtigkeit zu fordern.

Walter Braun, Hamburg

Um die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit

An den Anfang dieser Ergänzung des Aufsatzes von *Karl-Heinz Briam* (vgl. GM 11/1960) sei ein kleines Beispiel gestellt. Ich wurde neulich Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei älteren Angestellten, beide mit einem Monatseinkommen zwischen 600 und 700 DM. Es ging um die gerade akute Erhöhung der Beamtengehälter. Beide waren der Meinung, daß diese Erhöhung eine notwendige Anpassung an die gestiegenen Arbeiterlöhne sei, daß aber im übrigen die Gewerkschaften eine geradezu verbrecherische Politik mit ihren ständigen Lohnforderungen treiben. Diese erhöhten Löhne würden doch nur die Unternehmer zu Preiserhöhungen zwingen, der Geldwert würde dadurch immer schlechter usw.

Diese Unterhaltung ist typisch für die Geisteshaltung einer bestimmten Schicht unter den Arbeitnehmern, die sich hauptsächlich aus Angestellten zusammensetzt. Hier hat die bei Briam beschriebene Werbetaktik der Unternehmer ihren fruchtbarsten Nährboden gefunden. Das seit Jahrzehnten in Presse und Rundfunk immer wiederkehrende Argument

von der Lohn-Preisspirale sei hier nur als eines von vielen Beispielen der Verkennung von Ursache und Wirkung in der öffentlichen Meinung genannt. Man kann den Arbeitgeber- und Industrieverbänden ein außerordentliches Geschick bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit in dieser Richtung wirklich nicht absprechen. Solange Gespräche zwischen schlechtbezahlten Angestellten in der Art wie oben kurz aufgezeigt möglich sind, hat die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften wenig Erfolg gezeigt.

Nun soll hier keineswegs verkannt werden, welche Schwierigkeiten eine Public-Relation-Arbeit der Gewerkschaften gerade in Deutschland zu überwinden hat. In kaum einem anderen Volk der westlichen Welt herrschen noch so eigentlich ins 19. Jahrhundert gehörende soziologische Vorstellungen wie in der Bundesrepublik. Jene durch Tätigkeitsmerkmale und Einkommen längst verwischte Grenze zwischen Angestellten und Arbeitern wird bei uns immer noch künstlich aufrechterhalten, wozu nicht zuletzt das völlig überholte restaurative System unserer Sozialversicherung beiträgt. Auch wenn er schlecht bezahlt wird, dünkt sich der Angestellte bei uns oft immer noch etwas Besseres zu sein als der hochqualifizierte und gutbezahlte Facharbeiter. Dieser Facharbeiter ist dann im Regelfall auch Mitglied einer schlagkräftigen Industrie-gewerkschaft. Der Tätigkeit dieser Gewerkschaft und der Situation des Arbeitsmarktes verdankt er seinen relativ hohen Lohn (der, gemessen an dem gestiegenen Sozialprodukt, immer noch zu niedrig ist, aber relativ hoch im Vergleich zu zahlreichen Angestellte-gehältern). Der Angestellte von dem oben geschilderten Typ sieht aber nicht diese Hintergründe, er ist auch gar nicht der Meinung, daß sein Gehalt zu *niedrig* sei, sondern er hält

einfach den Lohn des Facharbeiters für zu *hoch*.

Hier liegt der zentrale Punkt, von welchem die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften ausgehen muß. Es kann auch einer mit allen psychologischen Werbetricks arbeitenden gewerkschaftlichen Public-Relation-Arbeit nicht gelingen, die Unternehmer von dem Sinn und Ziel der Gewerkschaftsarbeit zu überzeugen. Dafür ist man auf Unternehmerseite viel zu gut über die tatsächlichen Situationen orientiert, und man weiß auch genau, warum man es in der Öffentlichkeit anders darstellt. (Als bestes Beispiel hierfür sei darauf hingewiesen, daß schon seit Jahrzehnten nie ein Unternehmer öffentlich zugeben wird, daß er sein Unternehmen zu keinem anderen Zweck als dem, eine Rendite zu erwirtschaften, betreibt. Stets wird in den Vordergrund die Sorge um die Schaffung von Arbeitsplätzen oder ähnliches gestellt.) Aber es müßte Ziel dieser so dringend notwendigen gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit sein, wenigstens die Arbeitnehmer — und zwar Angestellte und Arbeiter — von der Dringlichkeit der gewerkschaftlichen Aktionen auf lohn- und gesellschaftspolitischem Gebiet zu überzeugen. Nur wenn auch in der Angestellten-schaft erkannt wird, daß sich sowohl das Einkommen wie das Sozialprestige des Durchschnitts der Angestellten wirksam und auf die Dauer verbessern läßt, wenn sich diese Angestellten in einer ihres Zieles bewußten Organisation zusammenfinden, nur dann wird sich auch die schon längst fällige Umverteilung der Einkommen langsam abzeichnen. Und auch nur dann wird den Gewerkschaften in der Öffentlichkeit jene Anerkennung zuteil werden, die sie ihrer Bedeutung nach in unserem Sozialgefüge schon lange haben müßten.

Elisabet Proeller, Hamburg